Nr. 228. Sonnabend, den 29. September 1917. 31. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Post ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,50, vierteljährlich ℳ 4,50, durch die Austräger wöchentlich 35 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 10 pZt. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstr. 11.

Reichskanzler und Staatssekretär über die deutschen Kriegsziele.

Der heutige Freitag hat im Hauptausschuß des Reichstages die mit Spannung erwarteten Reden des Reichskanzlers Dr. Michaelis und des Staatssekretärs Dr. Kühlmann gebracht. Im wesentlichen eine Erläuterung der deutschen Antwortnote an den Papst, erschöpft sich der Inhalt der beiden Reden, die wir im folgenden nach dem Bericht des Wolffbureaus wiedergeben, in allgemeiner Beteuerung der deutschen Friedensbereitschaft ohne Angabe näherer Bedingungen. Es fehlt auch jetzt noch jede Klarheit über das belgische Problem, das dieser Tage wieder von der englischen Regierungspresse als Grundstein für die Einleitung von Friedenserörterungen bezeichnet worden ist. England fordert bedingungslose Räumung und Wiederherstellung des belgischen Staates, ohne selbst auch nur die geringste Bereitwilligkeit, seinen Einfluß auf Belgien aufzugeben oder den deutschen Kolonialbesitz wieder herzustellen, erkennen zu lassen. Demgegenüber betont Dr. Michaelis, daß Deutschland keine Konzession ohne Gegenleistung machen könne. So gehen die leitenden Staatsmänner, statt wenigstens zu sagen, was sie unter allen Umständen nicht wollen, hüben wie drüben um die belgische Frage herum wie Katzen um den heißen Brei. Möglich, daß es dem Papst oder anderen Neutralen noch gelingt, den Bann des Schweigens über diesen dunklen Punkt zu brechen und damit den Stein ins Rollen zu bringen, der dann vermutlich rasch alle sonstigen Hindernisse für Friedensverhandlungen aus dem Wege räumen würde.

Die Rede des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann hat zwar höheren weltpolitischen Schwung als die Kanzlerrede, aber auch sie hält sich in dem Rahmen abwartender Zurückhaltung, den die Reichsleitung ihren Wortführern gezogen hat, und den sie auch dem Reichstage auferlegen möchte. Nur in den Worten Kühlmanns, daß die nächsten Wochen die Völker Europas noch einmal vor die Möglichkeit stellen werden, die blutbefleckten Waffen niederzulegen, leuchtet ein Hoffnungsschimmer, daß der neue, entscheidungsschwere Winterfeldzug zu vermeiden sein könnte.

Die Stellung der Fraktionen zu den beiden Reden ist aus dem Bericht ersichtlich.

WTB. Berlin, 28. September.

Der Hauptausschuß des Reichstages begann heute die Beratung der Fragen der auswärtigen Politik.

Anwesend waren Reichskanzler Dr. Michaelis, sämtliche Staatssekretäre und viele Bevollmächtigte zum Bundesrat. Wie groß das Interesse in Abgeordnetenkreisen war, bewies der gefüllte Sitzungssaal.

Der Vorsitzende Abgeordneter Fehrenbach eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung mit der Bitte, in Rücksicht auf die Fülle des Beratungsstoffes aus den Erörterungen Angriffe auf die Reichstagsmehrheit auszuschalten, da sich in der Vollversammlung bei Beratung der sozialdemokratischen Interpellation, betreffend Agitation im Heere gegen die Beschlüsse des Reichstages, Gelegenheit bieten werde, darauf zurückzukommen.

Der Hauptausschuß einigte sich dahin, die Behandlung der belgischen Frage im Anschluß an die Aussprache über die deutsche Antwort auf die päpstliche Note stattfinden zu lassen, und zwar in streng vertraulicher Erörterung. Am Schlusse der Beratung soll ein vereinbarter Bericht darüber ausgegeben werden.

Als erster nahm der Reichskanzler das Wort. Er besprach den befriedigenden Stand unserer Beziehungen zu den Neutralen, die auch durch die unerhörten Anstrengungen der feindlichen Preßhetze nicht gestört werden konnten. Er hob hervor, daß wir die den Neutralen durch den Wirtschaftskrieg der Entente zugefügten Leiden lebhaftest bedauern und stets bereit sind, an der Versorgung der Neutralen teilzunehmen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs nehmen rasch zu; noch schärfer macht sich die wirtschaftliche Not mit den innerpolitischen Begleiterscheinungen in Italien fühlbar. In England übt der U-Bootkrieg eine sichere, unerbittliche Wirkung aus. Nur die trügerische Hoffnung auf einen Zwiespalt bei uns läßt die leitenden britischen Staatsmänner heute noch an den Kriegszielen festhalten oder doch solche verkünden, die mit den politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Deutschlands völlig unvereinbar sind. In den Vereinigten Staaten suchte die Regierung mit allen Mitteln, auch durch unerhörten Terrorismus, bisher in den weitesten Kreisen fehlende Kriegslust aufzustacheln. Dem angekündigten militärischen Kräfteeinsatz der Vereinigten Staaten sehen wir ruhig und zuversichtlich entgegen. In Rußland herrscht eine schwere Wirtschaftskrise, insbesondere sind die Transportmittel den Aufgaben in keiner Weise gewachsen. Zur Papstnote führte der Reichskanzler aus, die deutsche Note sei bei unseren Freunden und Verbündeten beifällig und bei der Mehrzahl der Gegner offensichtlich verlegen aufgenommen worden. Es sei schwer verständlich, wie ein Kenner der internationalen Lage und internationalen Gebräuche jemals glauben könnte, wir würden in der Lage sein, in der einseitig gegebenen öffentlichen Erklärung die Lösung so wichtiger Fragen, die in einem unlösbaren Zusammenhang mit dem ganzen bei den eventuellen Friedensverhandlungen zu besprechenden Fragenkomplex stehen, durch eine einseitige Erklärung zu unseren Ungunsten festzulegen. Jede derartig öffentliche Erklärung könnte gegenwärtig nur verwirrend wirken und die deutschen Interessen schädigen. Wir wären dem Frieden nicht einen Schritt näher gekommen und hätten bestimmt kriegsverlängernd gewirkt. Der Reichskanzler fuhr fort: Ich nehme für die Reichsleitung das Recht in Anspruch, das die leitenden Staatsmänner in allen feindlichen Staaten für sich in Anspruch genommen haben und noch bis in die neueste Zeit in Anspruch nehmen. Ich muß den Standpunkt der Reichsleitung klar feststellen, von dem wir uns nicht abdrängen lassen werden, daß ich es zurzeit ablehnen muß, unsere Kriegsziele zu präzisieren und unsere Unterhändler festzulegen. Wenn sich die Mitglieder des hohen Hauses und der Presse mit uns auf diesen Standpunkt stellen wollten, würde die Situation unendlich erleichtert und gefördert, und der Weg zum Frieden würde zum Segen des Vaterlandes von vermeidbaren Hemmnissen befreit werden. Zum Schluß wandte sich der Reichskanzler gegen die Wilsonsche Antwort auf die Papstnote. Der Versuch Wilsons, zwischen Volk und Regierung in Deutschland Zwiespalt zu säen, ist aussichtslos. Die Note hat das Gegenteil dessen erreicht, was sie wollte. Sie hat uns fester zusammengefügt in dem harten Willen, jeder fremden Einmischung entschlossen und kraftvoll Trotz zu bieten. Die flammenden, aus dieser Empörung heraus geborenen Proteste, insbesondere der des Reichstagspräsidenten, haben dies bestätigt. So wenig wie die Wilson-Note wird irgend ein anderer feindlicher Versuch im deutschen Volke den Geist des 4. August überwinden; dieser Geist wird leben und siegen, so lange uns der Ring der Gegner zur Verteidigung unseres Daseins und unserer Zukunft zwingt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Anschließend an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers möchte ich mir gestatten, noch einige Punkte der Lage Europas näher zu beleuchten. Vor allem will ich auf die in den heutigen Morgenblättern erschienenen Nachrichten eingehen, es existiere eine deutsche Note über Belgien. Es ist eine der dreistesten Erfindungen, die mir jemals in meiner politischen Praxis vorgekommen sind. Sie ist wahrscheinlich französischen Ursprungs. An der ganzen Sache ist kein wahres Wort. Der Telegraph hat uns gestern abend und heute früh die von Reuter übermittelten Auszüge aus einer Rede gebracht, die der Führer der Opposition im britischen Unterhause, Mister Asquith, gehalten hat. Ein Landsmann von Mister Asquith, ein distinguierter politischer Schriftsteller, hat einmal den gegenwärtigen Zustand der europäischen Diplomatie dahin gekennzeichnet, daß sie darin bestände, daß leitende Staatsmänner verschiedener Nationen sich von öffentlichen Rednertribünen aus gegenseitig anschrien. Wenn die Reuterschen Auszüge ein getreues Bild dessen geben, was Mister Asquith gesagt hat, so glaube ich jedenfalls behaupten zu können, daß er uns auf dem Wege, der für Europa möglich ist, um keinen Schritt gefördert hat. Ich will aber nicht in die schlechte Gewohnheit verfallen, auf erfahrungsgemäß recht unzuverlässige telegraphische Auszüge hin meritorisch auf den Inhalt der englischen Rede einzugehen. Ich komme nun zum eigentlichen Thema unserer jetzigen Debatte: Zur Note Sr. Heiligkeit des Papstes. Wie immer auch das unmittelbare Ergebnis des päpstlichen Friedensschrittes sich gestalten möge, dies eine stehe ich nicht an schon jetzt zu sagen: Daß diese mutige Initiative des Papstes, der, auf hoher Warte stehend, gestützt auf die ehrwürdige Tradition eines mehr als 1000jährigen Priesteramtes, besonders zum Mittleramte sich berufen fühlte, einen Abschnitt in der Geschichte dieses ungeheuren Völkerkampfes bedeutet, daß sie als unverwelkliches Ruhmesblatt in den Annalen der päpstlichen Diplomatie erscheinen wird. Es war eine Tat, da der Papst das Wort von Frieden in das Getümmel eines Kampfes geworfen hat, der droht, Europa in eine blutgetränkte Trümmerstätte zu verwandeln. Gerade das deutsche Volk und die deutsche Regierung, denen das Bewußtsein ihrer Stärke und inneren Sicherheit es immer leicht gemacht hat, ihre Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Frieden zu betonen, haben allen Grund, die Initiative der Kurie dankbar zu begrüßen, die es ihnen ermöglicht hat, die nationale deutsche Politik aufs Neue in klarer und unzweideutiger Weise darzulegen. Ich sage mit Absicht: Nationale Politik; denn ich hoffe und glaube, daß die Antwortnote der deutschen Regierung sowohl in ihrer Entscheidung als ihrem Inhalte nach, soweit dies überhaupt für irgend ein politisches Dokument gesagt werden kann, den Willen der überwiegenden Mehrheit der Deutschen verkörpert. Nicht nur international ist die Papstnote ein bedeutsames Dokument; auch für unsere reindeutsche Entwicklung bedeutet sie einen Markstein. Ist sie doch das erste Ergebnis eines Zusammenwirkens zwischen allen Faktoren der Regierung und den Vertretern des deutschen Parlaments, das hier zum ersten Male versucht worden. In solcher Intimität ist das Zusammenarbeiten, wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, selbst ein rein parlamentarischen Ländern niemals versucht worden. Gerade dieses Zusammenwirken, sein Verlauf und seine Ergebnisse können, dies darf ich wohl aussprechen, einen Staatsmann, dem die deutsche Politik am Herzen liegt, zuversichtlich und hoffnungsvoll stimmen. Eine auswärtige Politik, die nicht in ihren breiten wesentlichen Grundlagen von der Zustimmung des Volkes, von der Zustimmung der erwählten Vertreter des Volkes getragen ist, die nicht im Parlament unterstützt wird durch tätiges Eingreifen im geeigneten Augenblick, durch staatsmännisches und weises Gewährenlassen der Exekutive, kann den schweren Kampf gegen das Ausland nicht durchführen. Im Auslande wird heute mit der Legende operiert, es gäbe in Deutschland eine Politik der Regierung und eine Politik des Volkes. Dies ist heute ganz bestimmt Legende, und nichts kann diese Legende gründlicher zerstören, als wenn auch Sie, meine Herren, sich geschlossen der in unserer Antwort an Sr. Heiligkeit niedergelegten Politik anschließen. Auch die törichten Behauptungen, als beständen im Schoße der Regierung selbst weit auseinandergehende Auffassungen, als zeigten sich Differenzen unter den leitenden Männern selbst, oder aber zwischen der Reichsleitung und jenen genialen Heerführern, denen wir nächst Gottes Hilfe verdanken, daß Deutschland da steht, wo es heute steht: diese Aeußerungen sollen der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben sein. Alle genannten Stellen arbeiten täglich und stündlich in voller Harmonie aufs Engste zusammen. Eine Entscheidung bei wirklich vitalen Fragen, bei denen der Konsensus fehlen würde, ist nicht denkbar.

Nun, meine Herren, ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich von dem harmonischen Zusammenwirken, wie es sich in dem engen Zusammenarbeiten für die Papstnote zwischen Parlament und Regierung ergeben hat, die besten, für die Zukunft hoffnungsvollen Einblicke gewonnen habe. Ich kann bei der Vertraulichkeit, die wir aus schwerwiegenden Gründen für die Verhandlungen des Siebener Ausschusses festgesetzt haben, auf Einzelheiten nicht eingehen, halte es aber doch für wertvoll, festzustellen: Es liegt darin keine Indiskretion; denn dieselbe Feststellung ist vor einigen Tagen in der Tagespresse erfolgt, daß die Grundlagen der deutschen Antwortnote, so wie sie von der Regierung vorgelegt worden sind, den Vertretern aller Parteien annehmbar erschienen, und somit kann ich, glaube ich, mit vollem Recht sagen, alle Versuche unserer Gegner, in den Grundlagen unserer auswärtigen Politik zwischen die deutsche Regierung und das deutsche Volk einen Keil zu treiben, die Fiktion, als stehe das deutsche Volk in der Auswärtigen Politik nicht geschlossen hinter Kaiser und Kanzler, sind als Fiktion und Erfindung zurückzuweisen. Die deutsche Politik schöpft gerade aus dem Bewußtsein ihrer vollkommenen Einigkeit mit dem deutschen Parlament und dem deutschen Volke die Kraft, mit Ruhe, Würde und Zielbewußtsein die Wege zu gehen, die für die Größe und die Entwicklung Deutschlands nötig sind.

Es würde Bedenken haben, auf die Einzelheiten der Note näher einzugehen. Sie steht als festgefügter Bau. Stein ist an Stein so fest verklammert, daß jeder Versuch, Einzelnes herauszuheben, Einzelnes zu kommentieren, die Wirkung nur abschwächen könnte. Ich will aber kurz versuchen, darzulegen, aus welchem Geiste die Note hervorgegangen ist und welches die Bedeutungen für ihre Wirkungen sind. Im vierten Jahre des gegenwärtigen Krieges hat Se. Heiligkeit der Papst mit noch größerem Ernst und noch größerem Nachdruck als vorher unter die Völker Europas das Wort geworfen: Frieden auf Erden! Europa! — Das Wort klingt uns heute als Märchen aus längst vergangenen Zeiten. Und doch ist es kein Märchen, sondern auch heute noch mehr als ein geographischer Begriff: Die Summe eines in Jahrtausenden gewachsenen Zustandes. Die kleine, an den asiatischen Kontinent angelegte Halbinsel hat bisher die Herrschaft der Welt fest in Händen gehabt, machtpolitisch und handelspolitisch. Es steht uns allen noch klar im Gedächtnis, das alte Europa, und ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß für keinen der Staaten in diesem alten Europa der Zustand, wie er in den letzten 40 Jahren bestanden hat, so unerträglich war, daß er auf die Gefahr der Selbstvernichtung eine Abstellung derselben brauchte. Daß Europa nicht zugrunde gegangen, ist vielleicht heute noch mitten in diesem gewaltigen Kriege ein gegenseitiges Interesse aller Großstaaten. Der endgültige Zusammenbruch wird jeden Einzelstaat, welcher Gruppe er auch angehören möge, schwächer und zukunftsärmer hinterlassen. Manche ganz zerbrechen und jeder großen nationalen Zukunftshoffnung bar. Als die junge Großmacht Deutschland vor bald 50 Jahren in den Kreis der Großmächte eintrat, ist sie von keiner Seite zärtlich begrüßt worden. Aber diese 50 Jahre haben, scheint es mir, bewiesen, daß Europa mit dem mächtigen Deutschland in seiner Mitte leben könnte, daß Europa mit dem mächtigen Deutschland in seiner Mitte mächtiger und lebensfähiger wäre als vorher. Wenn heute von unseren Feinden noch viele glauben, es ließe sich die Geschichte rückwärts revidieren, es lassen sich neben einem tödlich verstümmelten Preußen vage bundesstaatliche Gebilde wieder ins Leben rufen, so sind das Illusionen, die bei historischen Phantasten schwer verzeihlich, bei verantwortlichen Staatsmännern aber verbrecherisch sind.

Der Papst verkündet den Frieden auf Erden. Doch auch heute noch gilt das Wort: Frieden denen, die guten Willens sind! Der tiefe Grundgedanke der deutschen Note war, dem Heiligen Vater behilflich zu sein, diejenige Atmosphäre zu schaffen, welche überhaupt für eine fruchtbare Besprechung der zahlreichen, die Völker trennenden Streitfragen unbedingt nötig sind. Jeder diplomatisch Erfahrene weiß, daß bei derartigen Verhandlungen die Atmosphäre, die umgebende Luft, die Stimmung häufig unendlich viel wichtiger ist, als selbst weit auseinandergehende Forderungen. Wenn man die Stimmung unserer Feinde nach den öffentlichen Aeußerungen ihrer Presse und ihrer leitenden Männer beurteilen wollte, so könnte man nur zu sehr trüben Ergebnissen kommen. So lange unsere Gegner von dem Wahn ausgehen — die Klügeren unter ihnen wissen, daß es ein Wahn ist —, es könnte ein Augenblick kommen, in dem das deutsche Volk in Sack und Asche Buße tun, reumütig an die Brust schlagen und unter das caudinische Joch verächtlicher Forderungen kriechen könnte, so lange, meine Herren, wird dem Schwerte das Wort bleiben müssen. Es mag ja nicht leicht sein, den durch die Legenden, die sich um die Anfänge dieses Krieges gewoben haben, aufgehetzten Völkern der Entente die Wahrheit unbeschränkt zu zeigen. Es ist aber notwendig, denn sonst kann ein neuer Geist nicht entstehen, und die Entstehung dieses neuen Geistes ist die unbedingte Voraussetzung für einen glücklichen Abschluß dieses furchtbaren Völkerringens. Das deutsche Volk ist im innersten fest überzeugt: es führt einen gerechten Krieg, und aus dieser Ueberzeugung heraus quillt ihm die Kraft, die ungeheuren Opfer freudig zu bringen, die täglich von ihm verlangt werden.

Die päpstliche Kundgebung hat die Völker Europas noch einmal an den Scheideweg gestellt; noch einmal vor dem entscheidungsvollen Winterfeldzug ist ihnen die Möglichkeit gegeben, zwar aus vielen Wunden blutend, aber mit blankem Schilde, den Wiederaufbau Europas zu beginnen. An Deutschlands Gegnern ist es nun, zu beweisen, ob auch sie einen Hauch des neuen Geistes verspürt haben. Die nächsten Wochen dürften die große Frage entscheiden, ob Freund und Feind in Achtung vor den Waffen der gewaltigen Gegner die blutigen Degen senken, oder weiter die eherne Entscheidung der Waffen anrufen wollen. Ein einiges Deutschland kann nicht geschlagen werden. Unsere Einigkeit in den Fragen der großen Politik, wie sie in unserer Antwort auf die Papstnote verkörpert ist, bildet die Voraussetzung für unsere ganze Einigkeit, und gerade, daß diese Einigkeit in unseren Beratungen erzielt werden konnte auf dem Boden eines klaren und aufrichtigen Friedensprogramms, das gibt ihr doppelt wirksame Kraft. So steht denn das deutsche Volk in dieser entscheidungsvollen Schicksalsstunde stark aber still, mächtig aber gemäßigt, bereit zum Kampfe, wie nur je, aber auch bereit, mitzuarbeiten zur Verwirklichung des Wortes vom Frieden auf Erden.

Im Anschluß an diese Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes sprach zuerst ein Redner der sozialdemokratischen Fraktion. Er bedauerte, daß der Reichskanzler auch heute nicht die deutschen Friedensziele näher umschrieben habe. Er könne nicht zugeben, daß ihre Bekanntgabe im Inlande verwirrend und kriegsverlängernd wirken würde. Was Elsaß-Lothringen anlange, so habe seine Partei niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß dieses Land den französischen Plänen nicht geopfert werden dürfe. Anderseits verlange er, daß der Reichskanzler offen und unzweideutig von den annexionistischen Plänen und Kriegszielen abrücke und nochmals betone, daß er völlig einig gehe mit der Reichstagsmehrheit.

Ein Fortschrittler erkannte voll die militärischen Leistungen an, bezweifelte aber, ob mit den Waffen das Ende des Krieges herbeigeführt werden könne. Der Krieg als ultima ratio. Diese Auffassung scheine nach den Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges nicht mehr haltbar zu sein. Redner begrüßte die Antwortnote an den Papst als Fortsetzung der Politik der Mehrheit vom 19. Juli 1917, als Bekundung einheitlichen Willens und einheitlicher Politik aller in Betracht kommenden Faktoren der Regierung, des Reichstages, der Obersten Heeresleitung. Seine Freunde seien auch damit einverstanden, daß in der Antwort an den Papst territoritale Fragen so zurückhaltend behandelt worden seien. Die Gegner müßten da schon warten, wie auch wir auf manche Frage an sie heute noch die Antwort erwarteten. Unser Erfolg hänge davon ab, daß wir uns nicht durch innere Zwistigkeiten zermürben ließen. Aber davon könne keine Rede sein; die Einheitlichkeit in Fragen des Friedensschlusses sei gewährleistet unter Führung der Kaiserlichen Regierung, im Zusammenwirken mit den Bundesregierungen und dem Reichstag.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion wandte sich gegen diejenigen, welche im Lande die Wirkungen des U-Bootkrieges herabzusetzen suchten. Es sei richtig, das deutsche Volk wolle den Frieden, aber keinen Verzichtfrieden. Er freue sich darüber, daß auch der sozialdemokratische Vorredner erklärt habe, daß es für uns Deutsche eine elsaß-lothringische Frage nicht gebe. An eine Verständigung mit England könne er nicht glauben, denn es bestehe auf der Niederwerfung Deutschlands. Dieses aber müsse sehen, daß es zu seiner wirtschaftlichen, militärischen und politischen Sicherung Land erhalte. Er könne nicht zugeben, daß diese Forderung den Krieg verlängern könnte.

Ein Zentrumsabgeordneter bezeichnete die Antwort auf die Note des Papstes als das bedeutsamste Dokument, das seit langem zustande gekommen sei. Die Bedeutung liege neben dem Inhalte hauptsächlich darin, daß Regierung, Heeresleitung und Reichstag in völliger Einigkeit die Antwort abgegeben hätten. Diese Zusammenarbeit sei zu begrüßen, wie es auch der Staatssekretär des Aeußern mit Nachdruck getan habe. Der Inhalt der Antwort habe ebenfalls befriedigt, da sie zurückhaltend sei, mit ihrer Bezugnahme auf die Papstnote aber doch viel Konkretes enthalte. In bezug auf die Friedensziele müßte der Burgfriede, Einigkeit herrschen. Nachdem Regierung und Reichstag mäßige Ziele aufgestellt und sich geeinigt hätten, sollten alle sich diesen anschließen und einmütig für sie kämpfen. Ein einiges Deutschland könne nie geschlagen werden. Das solle man überall bedenken.

Ein unabhängiger Sozialdemokrat wünschte eine bestimmte Erklärung über die Friedensziele und die Erklärung des Annexionsverzichts.

Der Redner der Konservativen sagte: Der Note des Papstes sei der sittliche Ernst und der ehrliche gute Wille nicht abzusprechen; objektiv trage sie den Lebensinteressen des deutschen Volkes aber nicht genügend Rechnung. Die Antwort auf die Note habe die Zustimmung aller Mitglieder des Siebener-Ausschusses gefunden. Er habe jedoch Vorbehalte gemacht in der Frage der Abrüstung. Für eine Verständigung darüber ließen sich geeignete Grundlagen kaum schaffen. Der Entwurf der Antwortnote an den Papst habe dadurch einen anderen Charakter erhalten, daß die Reichstagsentschließung vom 9. Juli darin aufgenommen wurde. Dieser Aufnahme habe er im Siebener-Ausschuß widersprochen und er halte sie noch heute für nicht richtig, denn dadurch sei einer Auslegung der Note Raum gegeben, als habe Deutschland von vornherein die Vorteile preisgeben wollen, die es für die Verhandlungen in der Hand habe. Er halte es für schädlich, daß die öffentliche Diskussion geeignet gewesen sei, diesen Eindruck hervorzurufen. Sie habe bisher zu nichts Gutem geführt. Auch er müsse den Wunsch aussprechen, daß die Meinungsverschiedenheiten über die Friedensziele, vor deren Vorhandensein man die Augen nicht verschließen könne, sachlich ausgetragen und verletzende Polemik dabei vermieden würde. Darin seien alle einig, daß der Friede durch Schuld unserer Feinde noch nicht geschlossen werden könnte, so daß wir zusammenstehen und kämpfen müßten, bis ein ehrenvoller Friede erstritten sei.

Ein Nationalliberaler hob erneut hervor, daß alle Parteien ihre Zustimmung zu den Grundlagen der Papstnote gegeben hätten. Der Aufnahme des Hinweises auf die Reichstagsentschließung habe die Minderheit allerdings nicht zustimmen können. Die Zustimmung zur Abrüstung und zum Weltschiedsgericht sei in der Note erfolgt mit dem Vorbehalt, daß dadurch die Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht in Frage gestellt werden dürften. Die Abrüstung so zu gestalten, daß die Wehrkraft nur mehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreicht, so weit könne man nicht gehen. Er habe nichts dagegen, wenn der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit mehr zur Geltung komme, dem Deutschland im Grunde nicht widerstrebe, denn es habe Schiedsgerichte zur Entscheidung internationaler Streitigkeiten wiederholt angerufen. Auch hier müßten aber alle Lebensinteressen gewahrt bleiben. Es sei außerordentlich wichtig, wenn das ganze deutsche Volk darin einig würde, daß die Erörterung formulierter Kriegsziele uns auseinanderführe. Es komme praktisch darauf an, daß die Regierung auf Grund unserer glänzenden militärischen Lage den Frieden auf der Grundlage der Sicherung unserer vollen politischen Zukunftsentwicklung anstrebe. Durch die fortgesetzte Wiederholung unserer Friedensangebote schwächten wir unsere Situation. Selbst wer manche der besetzten Gebiete nur als Faustpfänder ansehe, dürfe sie nicht dadurch entwerten, daß er von vornherein darauf verzichtet; die Zeit arbeite für uns. Manche unserer Gegner ständen vor dem Zusammenbruch. Hielten wir den Frieden im Innern, dann würden wir der heutigen weltpolitischen Situation am meisten nützen.

In der weiteren Erörterung erklärte der Reichskanzler: Ein freisinniger Abgeordneter hat richtig ausgeführt, daß die Stellung der Reichsleitung zu den Kriegszielen durch meine Antwort auf die päpstliche Friedensnote klar umschrieben wird. Da in dieser Antwort die Friedenskundgebung vom 19. Juli ausdrücklich erwähnt ist, bedarf es weiterer Klarstellungen nicht mehr. Im übrigen habe ich folgendes zu erklären: Die in den letzten Wochen lebhaft erörterte Nachricht, daß die Reichsleitung bereits mit dieser oder jener feindlichen Regierung in Verbindung getreten sei, und daß hierbei nach einer, wie ich höre, ziemlich weit verbreiteten Auffassung die deutsche Reichsleitung von vornherein besetzte Gebiete und somit die wertvollsten Verhandlungsvorteile für kommende Friedenserörterungen preisgegeben haben soll, ist unzutreffend. Ich stelle fest: Die Reichsleitung hat für mögliche Friedensverhandlungen freie Hand. Dies gilt auch für Belgien.

Der Staatssekretär des Aeußern erklärte auf die Anfrage eines nationalen Abgeordneten: Der Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ über die belgische Frage ist eine Redaktionsarbeit, für die daher naturgemäß seitens der Reichsleitung eine Verantwortung nicht übernommen werden kann. Seine Verbreitung durch WTB. ist ohne Kenntnis des Reichskanzlers oder einer anderen leitenden Reichsstelle erfolgt.

Ein sozialdemokratischer Redner war mit der Rede und der Antwort des Reichskanzlers nicht zufrieden, da dieser sich nicht klar und deutlich genug über die Friedensziele der Regierung ausgesprochen habe. Er stimme dem Redner zu, der gesagt habe, der Krieg könne nicht mehr wie ultima ratio sein. Er wandte sich sodann gegen die Vorredner, die die Entschließung des Reichstages vom 19. Juli als nichtfriedensfördernd bezeichnet hätten. Der Beschluß habe, wie der Reichskanzler selbst bestätige, gut gewirkt; die feindlichen Regierungen seien dadurch in Verlegenheit gebracht und die Friedensbewegung im Auslande sehr gestärkt worden. Damit das weiter geschehe, müßten alle Zwiespältigkeiten, Reden und Handlungen vermieden werden. Der Kampf mit vergifteten Waffen im Innern trage ebenfalls nicht dazu bei, die eigene Position und den Glauben zu stärken, daß die Regierung wirklich ernsthaft den Frieden wolle.

Der Redner der Polen hob die moralische Bedeutung der Papstnote hervor, und glaubte bestimmt, daß sie auch praktische Bedeutung in allen Ländern gewinnen würde. Er erachte es als bemerkenswert, daß die deutsche Regierung sich auf den Rechtsstandpunkt, den auch der Heilige Vater in seiner Friedensnote entwickelte, gestellt habe. Er hoffe und vertraue darauf, daß dieser Grundsatz des Rechtes auch dem polnischen Volke zugute kommen werde, das mit seinen 25 Millionen nicht die letzte Stelle unter den Völkern Europas einnehme. Das polnische Volk sei dem Papste zu innigem Danke verpflichtet dafür, daß er in seiner Note mit solcher Wärme darauf hingewiesen habe, daß eine gerechte Regelung der Zukunft des polnischen Volkes eine der wichtigsten Aufgaben des Friedenskongresses sein werde.

Ein unabhängiger Sozialdemokrat polemisierte erneut gegen Aeußerungen des Kanzlers und forderte offene Aussprache über die Friedensziele und die sonstigen einschlägigen Fragen in der Vollversammlung des Reichstages. Durch Abrücken von den Annexionisten werde die Friedensbewegung in anderen Ländern sehr gestärkt.

Ein Redner des Zentrums hält es für falsch, wenn durch eine weitere Erklärung der Regierung zur Friedensfrage ein Schatten in das völlig klare Bild hineingebracht würde. Die Stellungnahme der Regierung sei vollkommen klar und ganz einig mit der Mehrheit des Reichstages. Die sehr erfreuliche Erklärung des Staatssekretärs des Aeußern zeige deutlich, daß die Regierung eine andere Politik als die des Reichstages nicht treiben wolle. Die Politik und die Friedensziele seien festgelegt in der Antwort auf die Note des Heiligen Vaters. Der Konservative habe in seiner heutigen Rede ja gleichfalls festgestellt, daß durch Aufnahme der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 in der Antwort an den Papst diese einen wesentlich anderen Charakter erhalten habe. Sonach stehe fest, daß eine Abweichung der Politik der Regierung von der des Reichstages nicht möglich sei. Eine rückwärtige Revidierung würde die Unglaubwürdigkeit und Unzuverlässigkeit der Reichsleitung in einer Weise dartun, daß ein ferneres Verhandeln mit ihr unmöglich würde. Eines der wichtigsten Mittel, zum Frieden zu kommen, sei die volle Einmütigkeit zwischen Volk und Regierung. Diese sei gegeben. Die Opposition gegen die Antwort der Regierung vom 19. September, die sich auf die Reichstagsentschließung vom 19. Juli stütze, erschwere die Lage. Das dürfe niemand außer Acht lassen. Er bedaure deshalb die Haltung der Konservativen und begrüßte die entgegenkommendere Stellungnahme der Nationalliberalen, wie sie der Redner dieser Fraktion heute bekundet habe.

Nach einer kurzen Feststellung des Redners der Nationalliberalen bezüglich seiner Ausführungen über Belgien wurde die Frage der Gefangenenbehandlung beraten. Der Berichterstatter, Prinz Schönaich-Carolath, dankte einleitend neben anderen Stellen der Schweizer Regierung für die fürsorgenden Schritte und Maßnahmen zugunsten der Gefangenen.

Die weiteren Verhandlungen waren vertraulich.

Gesteigerter Feuerkampf in Flandern.

Englische Teilangriffe abgeschlagen.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 28. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern steigerte sich von mittags an der Feuerkampf wieder. Abends lag Trommelfeuer auf dem Gelände östlich von Ypern. Dort schritten die Engländer zu starken Teilangriffen nordöstlich von Frezenberg und an der Straße nach Menin. Auf beiden Angriffsfeldern wurden sie durch Feuer und im Nahkampf zurückgeworfen; am Wege Ypern—Paschendaele sitzt der Feind noch in einigen Trichtern unserer Frontlinie.

An der Küste war abends die Artillerietätigkeit lebhaft; auch in mehreren Abschnitten der Front im Artois nahm sie zeitweilig zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Aisne und in der Champagne schränkten schlechte Sicht und Strichregen die Gefechtstätigkeit tagsüber ein; abends lebte sie auf. An mehreren Stellen hatten unsere Erkundungen guten Erfolg.

Vor Verdun wurde am Nachmittag der Artilleriekampf stark.

*

Bei erfolgreichen Kampfflügen schoß in den letzten Tagen Oberleutnant Berthold seinen 25., Leutnant Wüsthoff den 22. und Leutnant von Bülow den 21. Gegner ab.

Oberleutnant Waldhausen gelang es gestern, ein Flugzeug und zwei Fesselballone zum Absturz zu bringen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nur in wenigen Abschnitten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer erhob sich die beiderseitige Feuertätigkeit über das gewöhnliche Maß.

Mazedonische Front.

Aufklärungsgeplänkel im Skumbi- und Struma-Tal; starkes Feuer nur im Becken von Monastir und südwestlich des Doiran-Sees.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.